

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-579/2/1985

Betreff: KFG-Novelle betreffend Lenkerauskunft

Bezug:

GESETZENTWURF	
Zl.	59-GE/9-85
Datum:	9. AUG. 1985
Verteilt:	12. AUG. 1985

An das

Präsidium des Nationalrates

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.1017 WIEN

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme
des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf einer
KFG-Novelle betreffend Lenkerauskunft übermittelt.

Anlagen

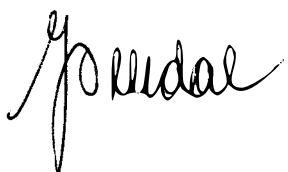
Klagenfurt, 1985-08-06

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.



Zl. Verf-579/2/1985

Betreff: KFG-Novelle betreffend Lenkerauskuft

Bezug:

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

GESETZENTWURF	
Zl.	59-GE/9-85
Datum:	9. AUG. 1985
Verteilt	

An das

Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft
und Verkehr

Karlsplatz 1

1015 WIEN

Zu dem mit do. Schreiben vom 9.7.1985, Zl. 70.011/
1-IV/3-85, übermittelten Entwurf einer Novelle zum Kraft-
fahrgesetz 1967 betreffend die Lenkerauskuft, nimmt das
Amt der Kärntner Landesregierung Stellung wie folgt:

1.) Anlaß für die vorgelegte Novelle sind, wie auch aus
den Erläuternden Bemerkungen hervorgeht, die Erkenntnisse
des Verfassungsgerichtshofes vom 3. Mai 1984, Zl. G 7/80
und vom 8. Mai 1985, Zl. G 149/84 und folgende. Mit diesen
beiden zitierten Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes
wurde der zweite Satz des § 103 Abs. 2 des Kraftfahrgesetzes
1967 als verfassungswidrig aufgehoben. Begründet wurde diese
Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof damit, daß die
Regelungen gegen das auch die Gesetzgebung bindende Gleich-
heitsgebot verstoßen, weil den Zulassungsbesitzern in der
gegenständlichen Regelung zum Unterschied vom Falle einer
förmlichen Vernehmung als Zeuge nach § 49 Abs.1 lit.a AVG
1950 oder nach dieser Gesetzesstelle in Verbindung mit

- 2 -

§ 38 VStG das Recht auf teilweise oder gänzliche Verweigerung der Aussage nicht zukommt.

2.) Dieser vom Verfassungsgerichtshof geortete Verstoß gegen das Gleichheitsgebot soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf dadurch ausgeräumt werden, daß die in Frage stehenden Regelungen in den Rang eines Bundesverfassungsgesetzes erhoben werden.

Positiv zu beurteilen ist, daß mit der vorgeschlagenen Lösung gewährleistet wird, daß die Verpflichtung zur Lenkerauskunft in der bisherigen Form uneingeschränkt aufrecht erhalten bleibt. Allerdings ist die Lösung in verfassungspolitischer Hinsicht nicht gerade als glücklich zu bezeichnen. Auch werden die vom Verfassungsgerichtshof in die Begründung seines Spruches aufgenommenen Hinweise, wie eine derartige einfachgesetzliche Regelung beschaffen sein müßte, damit gegen sie verfassungsrechtliche Bedenken nicht mehr zum Tragen kämen, nicht aufgegriffen.

3.) Aus der Sicht des Landes Kärnten erhebt sich jedoch im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Sanierung der Regelung betreffend die Lenkerauskunft durch Verankerung der Regelungen im Range eines Bundesverfassungsgesetzes die Frage, welche Auswirkungen eine derartige Regelung auf vergleichbare Bestimmungen in landesgesetzlichen Normen hat. Im Speziellen stellt sich diese Frage im Zusammenhang mit § 5 Abs.2 bzw. § 12 Abs.1 lit.b des Kärntner Parkgebühren- und Ausgleichsabgabengesetzes, LGBl.Nr. 84/1980, in der Fassung LGBl.Nr. 42/1983. Bedeutet die verfassungsrecht-

- 3 -

liche Verankerung der Verpflichtung zur Lenkerauskunft im Kraftfahrgesetz 1967, daß eine gleichartige Regelung in einem einfachen Landesgesetz auch nicht mehr mit verfassungsrechtlichen Bedenken behaftet ist?

Unter Hinweis auch auf die Anfrage des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 29.5.1985, Zl. Verf-406/1/1985, im Gegenstand, darf daher neuerlich um eine diesbezügliche Klarstellung gebeten werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Klagenfurt, 1985-08-06

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

E.d.R.d.A.
